



Transferveranstaltung

Jugendhilfeplanung in Deutschland

Herausforderungen, Potenziale und Entwicklungstendenzen

Diskussionsforum 1

Jugendhilfeplanung als beteiligungsorientierter Prozess

Dr. Jörg Kohlscheen
Institut für soziale Arbeit e.V.

Philipp-Emanuel Oettler, M.A.
Institut für soziale Arbeit e.V.



Institut für
soziale Arbeit e.V.


Auridis
Stiftung



Ablauf

- Ergebnisse aus der Studie
- Ausblick Partizipation
- Diskussionsforen



„Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung

- 1. den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen*
- 2. den **Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln** und*
- 3. die zur Befriedung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann.“ (§ 80 Abs. 1, SGB VIII)*



*„Unter Beteiligung an der Jugendhilfeplanung sind **alle Prozess und Aktivitäten** zu fassen, die Bürgerinnen und Bürger **von sich aus oder auf Veranlassung** der Jugendhilfeträger unternehmen, um zu Bestandserhebungen, Evaluationen, Bedarfsermittlungen sowie Neu- und Weiterentwicklungen der Jugendhilfe beizutragen. Dabei handelt es sich in der Regel um die **Einflussnahme** auf Programme, Strukturen, Verfahren oder Aktionen, die über den Zuständigkeitsbereich einer einzelnen Institution hinausgehen.“ (Stork 2010, S. 222)*

Quelle: Stork, R. (2010): Beteiligungsprozesse in der Jugendhilfeplanung.
In: Maykus, S.; Schone, R. (Hrsg.) (2010), S. 221-244

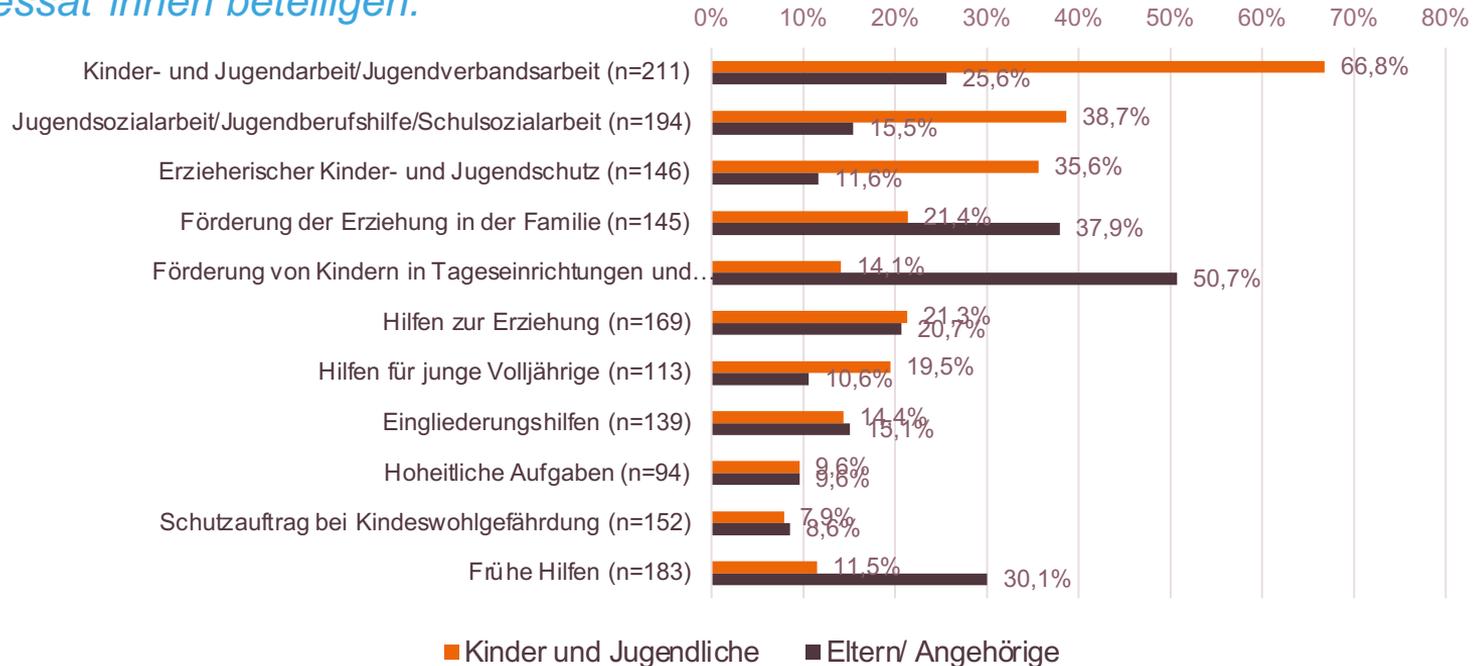


*Anteil der Jugendämter, die Planungsaktivitäten angeben und dabei Adressat*innen beteiligen:*



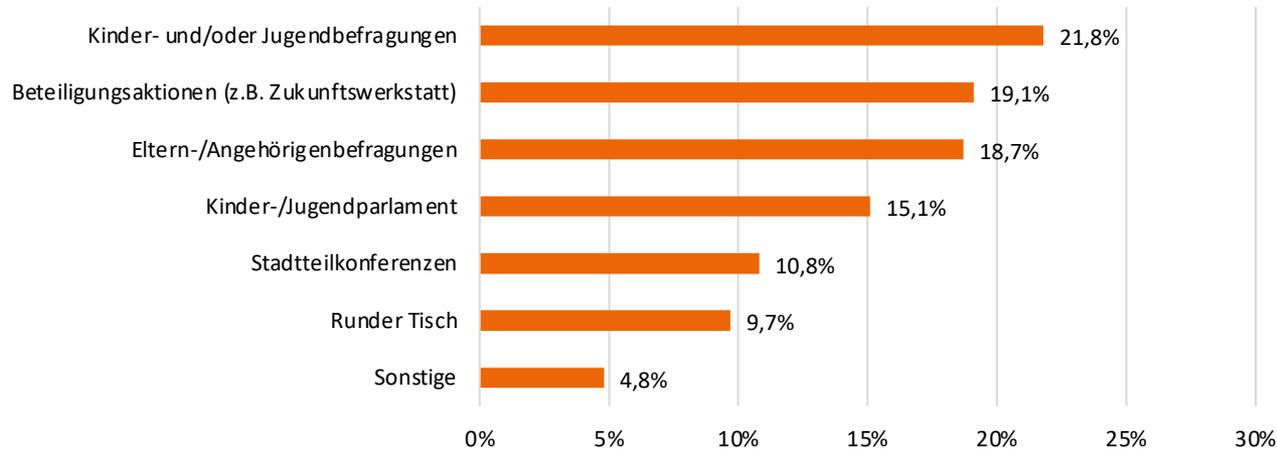


Anteil der Jugendämter, die Planungsaktivitäten angeben und dabei Adressat*innen beteiligen:





*Anteil der Jugendämter, die Planungsaktivitäten angeben und dabei Adressat*innen beteiligen:*





Ergebnisse dienen nicht der Verallgemeinerung, sondern stehen exemplarisch für die heterogene Planungspraxis in Deutschland.

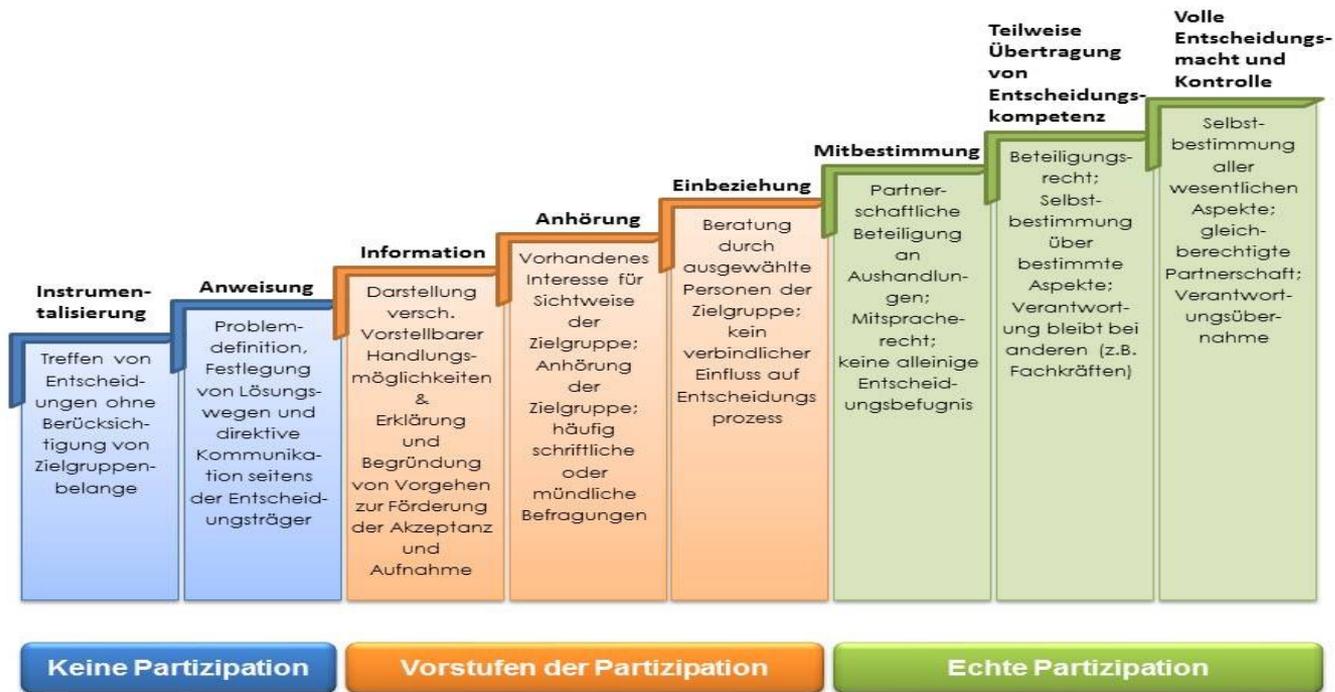
Fallstudie 4

- Stadtjugendamt
- 22 Wochenst. auf 1 Person
- Stabsstelle Amtsleitung

- Umsetzung von Adressat:innenbeteiligung
 - Online-Tool für Eltern zur Bedarfsabfrage
 - Keine Elternbefragung (qualitative Aspekte)

„Wir haben bisher davon Abstand genommen, eine Elternbefragung zu machen. Mich hätte die Betreuung von Randzeiten und so weiter interessiert, aber ist personell gerade nicht möglich. Also wir wollen keine Begehrlichkeiten wecken.“ (F4_I1 , Pos. 3)

Partizipationstreppe



Echte Partizipation heißt Veränderung

- Partizipation bezieht sich auf die Verfügung über öffentliche Ressourcen, aber nicht nur deren Planung, sondern auch deren Verwaltung! (Beispiele: Spielplatz, Jugendzentrum, Kita: Versammlung von Nutzer*innen, statt allgemein als Kinder und Jugendliche)
- Echte Partizipation erfordert eine Veränderung der Struktur kommunaler Daseinsvorsorge auf allen Seiten -> Organisations-, Bürgerschafts- und Persönlichkeitsentwicklung

Veränderungen im Zuge von Partizipation

- Ebene der Verwaltung: Verwaltung gibt Macht und Einfluss an die Bürgerschaft ab. Damit werden auch Selbstverständlichkeiten repräsentativer Demokratie in Frage gestellt (Legitimation).
- Ebene der Bürgerschaft: Es braucht bürgerschaftliche Versammlungen (Vereine, Initiativen, Gruppen, Genossenschaften usw.), die die Verwaltung von Ressourcen übernehmen (Beispiel: Spielplätze).
- Ebene der Persönlichkeitsentwicklung: Demokratische Verfahren sind komplex und es bedarf gewisser Kompetenzen.

Ebene der Bürgerschaft: Commons

- Commons sind bürgerschaftliche Verwaltungsformen von Ressourcen, die nach bestimmten Regeln funktionieren
- Sie unterscheiden sich von anderen Verwaltungsformen in der Verfügungsregulation
 - Privateigentum (Zugang über Preis, Nachfrage reguliert)
 - Staatliche bzw. öffentliche Verwaltung (Zugang offen/Gebühr, vom Markt bzw. Steuer abhängig – Beispiel: Kita Gelsenkirchen vs. Düsseldorf)
 - Common (Nutzer*innen verwalten und regeln den Zugang)
 - Keinerlei Verwaltung (Tragik der Allmende)
 - <https://www.youtube.com/watch?v=ZeZv5FCVcVM>

Public-Common-Partnership

- Beispiel Bologna: 2014 wurde eine Verordnung zur Förderung lokaler Commons erlassen
- Funktioniert ähnlich dem Subsidiaritätsprinzip: Die Kommunalverwaltung stellt Ressourcen (z. B. Gebäude, Brachflächen) zur Verfügung, die von lokalen Initiativen genutzt werden oder unterstützt Initiativen beim Planungsprozess
- Es gibt in der Kommune eine Schnittstelle, die bei der Förderung und Planung unterstützt (z. B. in Bonn)
- [https://www.kinderstark.nrw/fileadmin/user_upload/Praxishandreichungen/ISA Broschuere Common f web.pdf](https://www.kinderstark.nrw/fileadmin/user_upload/Praxishandreichungen/ISA_Broschuere_Common_f_web.pdf)

Zentrale Botschaft

- Partizipation heißt Veränderung. Partizipation heißt Gestaltungsmacht abzugeben.
- Partizipation braucht Versammlung. Es ist günstig, wenn sich diese um eine konkrete Ressource (Nutzer*innen) herum bildet.
- Partizipation hat zwei Seiten. Auch die Möglichkeit der Nichtbeteiligung gehört zu Partizipation. Rollenklärung auf der Seite der Kommunalverwaltung notwendig.

Und jetzt Sie:

**Herzlich Willkommen in den
Breakout-Sessions...**

- Welche Erfahrungen haben Sie mit der Beteiligung von Adressat:innen im Planungsprozess gemacht? Welche Beispiele für echte Partizipation fallen Ihnen in Ihrer Kommune ein?
- Welche Rolle spielt die Planungsfachkraft für die Beteiligung von Adressat:innen im Planungsprozess?
- Welchen Grad an Beteiligung/Partizipation von Adressat:innen braucht die Jugendhilfeplanung?